



Düsseldorf, 08. Mai 2023

Landesverbände der Mittelstandsunion stärken wehr- und sicherheitstechnische Industrie

Vor dem Hintergrund der neuen geo- und sicherheitspolitischen Bedrohungslage seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Nordrhein-Westfalen eine rüstungspolitische Strategie für den Standort festgelegt. In einem Positionspapier verdeutlichen sie ihre Vorstellungen und Wege zu industriellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Sondervermögens zur umfassenden Ertüchtigung der Bundeswehr.

Gemeinsam mit den Mittelständlern aus Hessen will man eine Clusterstrategie durchsetzen. „Mit großen industriellen wie mittelständischen Unternehmen haben wir die entscheidenden Firmen in unseren Bundesländern. So soll es auch bleiben. Entsprechend müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die unseren Mittelstand auch weiterhin einladen, hier Investitionen zu tätigen.“, so Angela Erwin, Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsflügels in NRW.

Im Detail legt das Strategiepapier Grundsätze zur Forschungszusammenarbeit, der Forcierung der Drohnenentwicklung und -abwehr sowie -aufklärungstechnologie fest. Gemäß der Forderung der Landesverbände soll es den Universitäten erleichtert werden, Forschungskooperationen einzugehen.

Wichtig zur Stärkung des Wirtschaftszweiges ist den Mittelständlern auch eine Anerkennung der nachhaltigen Sicherheitsleistungen durch diese Branche im Hinblick auf Finanzierungsinstrumente, Vergabe sowie eine Erleichterung und Beschleunigung der Rüstungsexportregelungen. Hier muss nach Ansicht der Mittelständler umgedacht werden: „Wir brauchen weiterhin und verstärkt auch europäische Kooperation und Regeln, die die Finanzierung sowie die Verfahren erleichtern.“

Erwin weiter: „Nordrhein-Westfalen und Hessen sollten dabei gemeinsam vorangehen. Wir wollen Kernregion dieser Entwicklungen sein, die sonst unter deutlich lockereren Rüstungskontrollregelungen woanders stattfinden.“